

Information für Pensionierte Juni 2024

Sektor 1 und syndicom allgemein.

Die Lohnverhandlungen bei der Post sind immer noch nicht abgeschlossen, es liegt noch kein Verhandlungsergebnis vor.

syndicom steht punkto Mitgliederwerbung aktuell leider deutlich hinter den Zielvorgaben. Die Anstrengungen müssen deutlich erhöht und aktiver in den Betrieben werden. Die Home-Office-Tage sollen entsprechend prioritär für das Telefon-Marketing genutzt werden.

Mit Chaskis, einem Subunternehmen von Uber, das dem GAV-Velokuriere unterstellt ist, konnten erstmals in der Schweiz Entschädigungen für die Benutzung privater Scooter ausgehandelt werden. Damit steigt die Spesenentschädigung für die Kolleg:innen.

Die Mitgliederversammlung von Presto hat auf Empfehlung des Firmenvorstandes und der Sektorleitung einen neuen GAV angenommen. Der neue GAV bringt in sämtlichen Kategorien bereits ab Mitte 2024 und über die nächsten Jahre hinweg beträchtliche Erhöhungen der Mindestlöhne. Mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2028 wird der neue GAV auf den 1.7.2024 in Kraft treten.

Der Rechtsdienst hat die verschiedenen Anträge zur Delegiertenversammlung, zusammen mit der Geschäftsprüfungskommission, geprüft. Aufgrund der Analyse, die auf den Statuten von syndicom (Art. 30) basiert, wurde beschlossen unseren Antrag betr. Mehrfahrtenkarte statt als Antrag als Resolution zu präsentieren. Ebenso der Antrag betr. Pensionskasse welcher eine Erhöhung der Pensionen verlangt. Der Vorstand der Pensionierten hat sich damit einverstanden erklärt unter der Bedingung, dass das Geschäft von syndicom weiterverfolgt wird und nicht einfach in einer Schublade verschwindet.

Sektor 2 ITC

Bei Skyguide konnten Ende März die Lohnverhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden, wobei die ursprünglich in der „Krisen-Vereinbarung“ festgelegte Erhöhung von 0.5% deutlich übertroffen wurde. Die Lohnsumme wurde per 1. April 2024 um 1.5% erhöht, was für die Lohnrundenberechtigten generelle Erhöhungen um die 2% ausmacht. Nach dem Kick-off der GAV-Verhandlungen im Februar fand Mitte April die erste zweitägige Verhandlungsrunde statt, die von syndicom geleitet wurde.

Sektor 3 Medien

Viscom hat den bis Ende Jahr gültigen Gesamtarbeitsvertrag der Grafischen Industrie ordentlich gekündigt. Die GAV-Verhandlungen werden ab September stattfinden. Zur Vorbereitung der Verhandlungen ist während des ganzen Sommers eine Tour durch die GAV-Betriebe geplant.

Am 20. April fand in Biel die Sektorkonferenz statt. Die Teilnehmenden zogen Bilanz über die gewerkschaftlichen Arbeiten bei den Massenentlassungen in den Medien- und Druckbetrieben.

Politik allgemein

Beim Gewerkschaftsbund beider Basel wurde (endlich) eine Sekretärin gewählt. Seyhan Karakuyu ist seit dem 1. Mai und als Geschäftsführerin tätig. Sie ist in der Geschäftsstelle in Liestal anzutreffen. Nach ihrer Ansicht wird Sie gut vom Co-Präsidium betreut und freut sich ein Teil des Gewerkschaftsbundes zu sein und gemeinsam die gewerkschaftliche Arbeit voranzutreiben.

Die Abstimmung über die 10%-Initiative der SP findet bekanntlich am Wochenende statt. Dass es sehr knapp wird, davon ist auszugehen. Ich erinnere daran, dass in der EU 76% der Gesundheitskosten solidarisch finanziert sind. (Steuern, Lohnbeiträge). In der Schweiz nur 36% (42% durch Kopfprämien, 22% durch Selbstzahlungen).

Wer soll das bezahlen lautet dann immer wieder die Frage. Meine persönliche Meinung. Via Bundessteuer. Steuer sind die gerechtesten Einnahmen da diese nach dem Einkommen versteuert werden. Je mehr Jemand verdient umso mehr Steuer werden bezahlt.

Im September findet die Abstimmung zur Revision der 2. Säule statt. Die Pensionskassenrenten sinken seit Jahren. Es gibt immer weniger Rente fürs Geld. Jetzt kommt es noch happiger. Mit der vom Parlament beschlossenen Senkung des Umwandlungssatzes sinken die Renten um bis zu 3'200 Franken jährlich. Besonders betroffen sind Arbeitnehmende über 50 Jahre und die Mittelschicht. Aber auch Jungen drohen Renteneinbussen. Gleichzeitig bleibt das Problem des fehlenden Teuerungsausgleichs ungelöst – das trifft insbesondere die RentnerInnen. Und damit nicht genug, steigen mit dem BVG-Bschiss die obligatorischen Lohnabzüge. Die Beschäftigten sollen jährlich 2,1 Milliarden Franken mehr in die Pensionskassen einbezahlen. Personen mit tiefen Löhnen sind besonders stark betroffen. Die Kosten pro ArbeitnehmerIn steigen um bis zu 2'400 Franken jährlich. Die Reform ignoriert, dass die Pensionskassen auf Kosten der Versicherten immer mehr Reserven anhäufen. Das führt zu tieferen Renten im Alter. Nicht gelöst ist auch das Problem der steigenden Verwaltungskosten, wodurch weniger Geld bei den Versicherten ankommt. Die Reform führt im Gegenteil zu zusätzlicher Bürokratie und willkürlichen Rentenentscheiden. Die Pensionskassen-Lobby hat im Parlament den ursprünglichen Vorschlag des Bundesrats zerzaust. Vom Kompromiss der Sozialpartner ist kaum etwas übriggeblieben. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB wird sich deshalb in der Abstimmungskampagne vehement engagieren, um die Bevölkerung vom Nein zu diesem BVG-Bschiss zu überzeugen. Bürgerliche Parlamentarier sagen immer dass solche Probleme durch die Sozialpartner gelöst werden sollen. Die Sozialpartner hatten einen klaren Plan vorgelegt welcher vom Bundesrat übernommen worden ist. Jetzt wurde er genau von diesen Mitgliedern im Parlament zerzaust.

Hans Preisig